

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten 21. Jahrgang, Nr. 5, 4. März 2004

Institut für Informations- und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Palckensteins 18c 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7611 62 49
Ull: 100 500 00/Kto.-Nr.: 0670017787

Einblicke

Spuk vorbei

Von Helmut Lölhöfel

Der populistische Spuk in Hamburg ist vorüber. Bei der Landeswahl im hanseatischen Stadtstaat gab es keine Bestätigung des Rechtsrucks von 2001. Die Wählerinnen und Wähler, die vor zweieinhalb Jahren in Massen der rechtsrandigen Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) zugelaufen waren, haben sich besonnen und sind in das einwandfrei demokratische Spektrum zurückgekehrt. Gleichzeitig schickten sie den PRO-Gründer Ronald Barnabas Schill, der die nach ihm benannte schillernde Außenseitergruppierung erst in die Höhe führte und jetzt in die Tiefe stürzte, in die Wüste – nein, besser gesagt: nach Lateinamerika. Dorthin will Schill sich absetzen, nachdem er hier keinen politischen Fuß mehr auf den Boden bekommt. Doch wohin wird er flüchten? Etwa ins chaotische Peru, um dort für Ordnung zu sorgen? Oder ins kommunistische Cuba, wo schon Ordnung herrscht?

In Hamburg ist also wieder Normalität eingeleitet. Die knapp 20 Prozent für Schill waren ein Ausrutscher. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die neu formierte Schill-Partei und die Rest-PRO sowie die NPD zusammen gerechnet knapp vier Prozent schafften – also ein fester Bodensatz, der bereit ist, rechten Parolen in allen Schattierungen von populistisch bis neonazistisch zu folgen.

Normalität oder doch nicht? Offensichtlich hat Wahlsieger Ole von Beust, der sich vor drei Jahren leichtfertig mit Schill verbündete, ihn dann aber mutig hinausschmiss, mit seiner von ihm an die Regierungsmacht im einst klassisch roten Hamburg gebrachten CDU Tausende derjenigen Wähler, die aus Verärgerung über „die Parteien“ dem Allesversprecher Schill nachgelaufen waren, zurückholen und an sich binden können. Solche abrupten Wählerbewegungen gab es schon öfter. Sie belegen, dass der rechte Populismus als Vorstufe zum Rechtsextremismus in Deutschland keine dauerhafte Basis hat.

Militante Szene

In Dessau häufen sich die Angriffe von Rechtsextremisten auf nicht rechte Jugendliche und sozial Ausgegrenzte.

Seite 2 ■

„Revolutionärer Block“

Neonazis wollen sich bei der Organisation von Aktivitäten an linken Modellen orientieren.

Seite 3 ■

Mangelnde Beweise

Bayern wird möglicherweise den unaufgeklärten Mordfall an einem jüdischen Verleger aus dem Jahr 1980 wieder aufrollen.

Seite 4 ■

Steine der Erinnerung

Ein Kölner Grafiker gibt mit seinen Stolpersteinen den ermordeten Opfern des NS-Regimes ihre Identität zurück.

Seite 10 ■

„Teuflischer“ Pakt

Zwischen Satanismus, Black Metal und Rechtsextremismus gibt es zahlreiche Berührungspunkte.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Zone der Angst**

In Dessau häufen sich Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche – Tatverdächtige gehören der Neonaziszene an.

Der Bahnhof liegt nicht außerhalb. Bis zum Zentrum der 78 000 Einwohner zählenden Muldestadt sind es keine zehn Minuten Fußweg und bis zum Bauhaus keine fünf. Der öffentliche Raum bietet in Dessau jedoch keinen Schutz vor neonazistischen Übergriffen. Seit Anfang dieses Jahres führten rechts orientierte junge Leute mitten in der sachsen-anhaltinischen Stadt 14 Angriffe auf Kinder, Jugendliche, Migranten und Obdachlose durch. „Systematisch und organisiert“, betont Zissi Sauer mann von der Organisation Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt. Der Bereich um den Hauptbahnhof hat sich für nicht rechte Jugendliche und sozial Ausgegrenzte zur Angstzone entwickelt.

„Blitzschnell ging alles“, erzählt ein Betroffener. Gegen drei Uhr morgens des 1. Februar wartete er mit acht Freunden aus der alternativen Szene in der Bahnhofsvorhalle. Die jungen Frauen und Männer zwischen 13 und 17 Jahren kamen von einem Konzert und wollten nach Hause. Plötzlich stürmten 10 bis 15 vermummte Neonazis auf sie zu. „Zuerst sprühten sie uns mit Reizgas ein“, berichtet der Jugendliche weiter, „dann schlugen sie mit Eisenstangen, Baseball- und Hockeyschlägern wahllos auf uns ein“. Einen der Freunde stießen die Neonazis die Treppe zur Bahnstufung hinunter. Auf ein Kommando zogen sich die Täter dann schnell zurück.

In der Bahnhofshalle hielten sich einige Reisende auf, sie unterließen es aber, einzugreifen. Auch der im Gebäude ansässige Bundesgrenzschutz reagierte trotz Kameraüberwachung offenbar nicht. Die verletzten Jugendlichen flohen und riefen selbst die Polizei. Zwei der Jugendlichen, die Platzwunden, Prellungen und Hämatome erlitten hatten, mussten ambulant behandelt werden. Zwei weitere Betroffene des Angriffs wurden so schwer verletzt, dass sie mehrere Tage im Krankenhaus verbringen mussten.

Nur wenige Minuten vorher hatten die offenbar selben Neonazis mehrere Jugendliche angegriffen, die vor dem Kinokomplex – in Sichtweite des Haupt-

bahnhofs – auf Bekannte warteten. „Auf einmal haben sie vor uns gestanden“, berichtete ein Opfer. Doch ein langsam vorbeifahrender Polizeiwagen hielt nicht, als die schon zu diesem Zeitpunkt vermummten Rechten einem Jugendlichen mit dem Baseballschläger in den Unterleib stießen. Erst als die Bekannten mit dem Auto kamen, gelang es den Betroffenen, den „Zecken raus“ brüllenden Angreifern zu entkommen.

„Eine Ermittlungsgruppe ist eingerichtet“, erklärte der Pressesprecher der Polizeidirektion Dessau. Weitere Fragen wehrte er mit dem Hinweis, „die Ermittlungen laufen“, ab. So wollte er sich auch nicht zu den schon eingegangenen Strafanzeigen von Opfern rechter Gewalt bei der Polizei äußern, wie zu den zwei Skatern, die am 23. Januar im Fußgängertunnel am Hauptbahnhof von vier Neonazis mit dem eigenen Skateboard geschlagen und ausgeraubt, oder jenem Jugendlichen, der am 27. Januar vor dem Rathaus bedroht wurde.

Bereits am 4. Februar nahmen die Beamten elf Tatverdächtige – zehn von ihnen Dessauer – aus der Neonaziszene fest. Doch alleine Denis Decker sitzt noch in Haft. Der 25-jährige Chef der „Bruderschaft Bitterfeld“ arbeitet eng mit den „Freien Nationalisten Dessau Anhalt“ zusammen. Ende 2002 trat er als Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Bitterfeld auf. Wie viele Neonazis in den Regionen Halle, Dessau und Bitterfeld verließ er jedoch die Partei und wandte sich den „Freien Kameradschaften“ zu. Unabhängig von der NPD gelang es den „Freien“ in den vergangenen Jahren, eigene Strukturen aufzubauen. Größere Aktionen führten die Kameradschaften aus Halle/Saale, Köthen oder Dessau während des Irak-Kriegs durch. Unter der Parole „Kein Blut für Israel“ versuchten sie sich bei Aktionen der Friedensbewegung einzureihen. Regelmäßig erschienen an die 80 „Freie“ mit Palästina-Tüchern und Friedensshirt – weiße Taube auf blauem Grund – zu den Antikriegsaktionen in Halle/Saale. Die Dessauer Kameraden um den 26-jährigen Mario Albrecht grölten dabei „Massenmord in Palästina, Holocaust der Rabbiner“.

Die Kameradschaft, deren engerem Kreis etwa 20 Personen angehören, trifft sich regelmäßig in der Mulde-Stadt und unterhält enge Beziehungen zu Gleichgesinnten in den umliegenden Städten. Über die Aktivitäten der Dessauer kann ein Pressesprecher des Verfassungsschutzes Sachsen-Anhalt wenig sagen: „Die Gruppe fällt nicht landesweit auf.“, betonte er. *Thomas Sandberg/Andreas Speit*

Aktivitäten

Linke Strategie

Neonazis orientieren sich an den Autonomen und werben für einen „nationalrevolutionären, schwarzen Block“.

Der Hatestore-Versand glaubt, eine Marktlücke erkannt zu haben. Er preist eine Neuheit an: das „Autonome Nationalisten Shirt“. Auf der Vorderseite schmückt der Aufdruck „Autonome Nationalisten“ das schwarze T-Shirt; auf der Rückseite ist zu lesen: „bald gibt es kein ‘rechts’ oder ‘links’ mehr! dann gibt es nur noch das system und seine feinde!“ Dass die extreme Rechte Symbole übernimmt, die früher irgendwie als links galten, ist kein neuer Trend. Schon vor Jahren band sich selbst ein Alt-nazi wie Friedhelm Busse bei Demonstrationen ein Palästinensertuch um. Und bei Aufmärschen im vorigen Jahr wurden Jungnazis mit Che-Guevara-T-Shirt und Irokesenschnitt gesichtet. Nun also soll das Outfit der Autonomen an der Reihe sein.

Dabei geht es nicht nur um eine textile Modeerscheinung. Die Kreation aus dem Hause Hatestore vollzieht nur nach, was einige Vertreter der Szene als neue Strategie diskutieren. Die Begriffe „rechts“ und „links“ sollen an Bedeutung verlieren, und bei der Organisation von Aktivitäten will man sich an linken Modellen orientieren. Beispielhaft dafür steht eine Homepage, die in diesem Jahr für einen schwarzen beziehungsweise „revolutionären Block“ bei der 1.-Mai-Demonstration von Neonazis in Berlin wirbt. Deren Autoren nehmen, was Optik und Sprache anbelangt, nicht Internetseiten der alt-braunen Art mit ihren Deutschtümeleien als Vorbild. Da wird nicht mehr mit altdeutschen Schrifttypen gearbeitet und jeder Begriff aus dem Englischen krampfhaft eingedeutscht. Manchen Rechtsextremen alter Schule lässt es schaudern, wenn die Autoren frank und frei einen „Black Block at Berlin“ fordern.

Dem Demonstrations-Aufruf der Veranstalter von NPD und Aktionsbüro Norddeutschland mit der altbackenen Forderung nach der „Volksgemeinschaft“ stellen sie ein eigenes Manifest zur Seite, das eine ganz andere Tonart anschlägt: „Für einen nationalrevolutionären Block am 1. Mai“. Dieser „nationalrevolutionäre, schwarze Block“ unterscheidet sich hauptsächlich „durch die revolutionären Inhalte und seine Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Ver-

weigerungen et cetera)“ von den übrigen Demonstrationsteilnehmern, heißt es in dem Text. Für eine „sozialistische Alternative“ wollen sie am Tag der Arbeit auf die Straße gehen. „aufruhr und widerstand – wir stürmen bald das kanzleramt“, verspricht die Homepage, und neben dem Slogan ist eine Figur zu sehen, die einer anderen eine Pistole an die Schläfe hält. Wo die Veranstalter der Berliner Mai-Demo noch vom „Kampftag für alle deutschen Arbeiter der Faust und der Stirn“ schwadronieren, als seien die letzten Jahrzehnte spurlos an ihnen vorübergegangen, fordern die „Rechts-Autonomen“: „Zeigt dem System, dass wir die Schnauze voll haben!“ In einer älteren Fassung des Textes war zudem von gezielten Aktionen „gegen die Vertreter/innen des kapitalistischen und antifaschistischen Systems, gegen den Staat und/oder Antifas“ die Rede. „Meist“, so betonten die Verfasser, habe „unsere ‘Gewalt’ nur symbolischen Charakter“.

Die einheitlich schwarze Kluft des Blocks „ermöglicht uns, dass wir von Antifas, Bullen und anderen nicht mehr auseinander gehalten und erkannt werden können“, heißt es in dem Aufruf. Wie schon bei früheren Debatten, unter anderem über die Anonymität im Internet, geht es der radikaleren Fraktion der „freien Nationalisten“ darum, möglichst unerkannt zu bleiben: „Wir wollen anonym bleiben und unsere konsequente Haltung zum Ausdruck bringen.“ „Support your local ns black block!“, fordern die Autoren schließlich. Der neuen Tonlage entsprechend finden sich die Unterstützer des Aufrufs auf der Homepage dann auch unter der Rubrik „Support“. Mit von der Partie ist bislang ein Dutzend Gruppen, überwiegend aus Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Dem „Black Block“ gehe es „nicht nur um eine genehmigte Demonstration, sondern um die Zerschlagung des Systems“, betont einer seiner Protagonisten in einem Neonaziforum. Und weiter: „Der legale Weg hat uns 60 Jahre lang nicht weiter gebracht. Noch einmal 60 Jahre haben wir nicht...“ Deshalb wolle man „junge, entschlossene und radikale Personen ansprechen, die bereit sind, Widerstand zu leisten...“ Unwidersprochen bleiben die Vorstöße der „autonomen“ Rechten nicht. Christian Worch warnt die Kameraden. Nicht nur, weil durch zuviel Militanz der eine oder andere junge Kamerad verheizt werden könnte, macht er sich Sorgen. Er sieht offenbar auch sein Konzept legaler Demonstrationen in Gefahr, wenn das Fußvolk über die Stränge schlägt.

Tomas Sager

Hintergrund**Ungeklärte Bluttat**

Das bayerische Innenministerium will den Erlanger Doppelmord an einem jüdischen Verleger und dessen Lebensgefährtin von 1980 wieder aufrollen. Ins Visier war damals der Wehrsportgruppenchef Karl-Heinz Hoffmann geraten.

Am Abend des 22. Januar dieses Jahres passierten in der Erlanger Hugenottenkirche zwei Dinge, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: während der Podiumsdiskussion zum Thema „Jüdische Zukunft in Bayern“, bei der auch antisemitische Übergriffe der jüngeren Zeit eine Rolle spielten, will der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) ganz spontan reagiert und versprochen haben, einen der dubiosesten Politskandale der letzten Jahrzehnte wieder aufzurollen. Die „Nürnberger Nachrichten“ jedenfalls stellen die Situation Tage später so dar. Auf die Frage eines Diskussionsteilnehmers, warum die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frieda Poeschke im Winter 1980 nie restlos aufgeklärt werden konnte, handelte Beckstein und kündigte an, dass „eventuell vorhandene DNA-Spuren mit der Datei abgeglichen werden“.

Becksteins Verbot der neonazistischen „Fränkischen Aktionsfront“ mit Hauptbetätigungsfeld im Nürnberger Raum lag nur wenige Tage zurück, galt aber als abschbar, vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Anklageerhebung gegen die Angehörigen der Münchner „Kameradschaft Süd“ im März durch die Generalbundesanwaltschaft.

Die Entscheidung, dass Beckstein den Doppelmord von Erlangen, mit einem mutmaßlichen Täter aus dem rechtsradikalen Milieu – quasi aus dem Bauch heraus – wieder neu untersuchen lassen will, bleibt ebenso geheimnisvoll wie der Fall selbst. Am Abend des 19. Dezember 1980 waren der jüdische Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen in ihrem Haus regelrecht hingerichtet worden, jeweils mit vier Schüssen aus einer Maschinenpistole Marke Beretta. Als Täter wurde damals der Neonazi und Burschenschafter Uwe Behrendt ausgemacht.

Behrendt gehörte zur „Wehrsportgruppe Hoffmann“, war sogar Stellvertreter des Chefs Karl-

Heinz Hoffmann. Keine zwei Monate nach dem Attentat auf das Münchner Oktoberfest, mit insgesamt 13 Toten und über 211 Verletzten, rückte wieder ein Neonazi aus dem Umfeld des militanten fränkischen Anführers in den Blick der Öffentlichkeit. Doch weder Täter noch mutmaßlicher Drahtzieher konnten für den Mord jemals belangt werden: Behrendt starb im Libanon, seine Leiche wurde 1984 von bayerischen Beamten ausfindig gemacht und nach Deutschland überführt. Den Wehrsportgruppenchef Hoffmann sprach die 13. Große Strafkammer am Landgericht Nürnberg nach 186 Verhandlungstagen „mangels Beweisen“ vom Mordvorwurf frei. Zweifel blieben dennoch.

„Die zeitlich überlappende Anweisung des Innenministers zur erneuten Spurenüberprüfung im Erlanger Mordfall und das Verbot der Fränkischen Aktionsfront ist rein zufällig“, zitierte die Nürnberger „Abendzeitung“ Tage nach Becksteins Verkündung den Sprecher des Innenministeriums. Dabei gibt es Hinweise, dass immer noch zwischen ehemaligen Wehrsportgruppen-Anhängern und jüngeren Neonazis in Bayern Kontakte bestehen, unter anderem wurde ein Hoffmann-Bekannter aus Schwabach immer wieder mit Wehrsportübungen in Verbindung gebracht.

■ Freispruch „mangels Beweisen“ ■

Spuren, die zu Hoffmann und dessen jetziger Ehefrau führten, gab es 1980 in Erlangen reichlich, denn teilweise hatten die eigenen Leute „den Chef“ als Auftraggeber der Tat belastet und am Tatort fanden Polizisten die Brille von Hoffmanns späterer Ehefrau und damaliger Kampfgefährtin. Auch die Mordwaffe sowie der verwendete selbst gebastelte Schalldämpfer führten ins rechtsradikale Hauptquartier, Schloß Ermreuth, nur 16 Kilometer von Erlangen entfernt gelegen. Hoffmann dagegen gab Behrendt die Alleinschuld und sprach vor Gericht von dessen „übertriebener Aktionsgeilheit“.

Der bittere Beigeschmack eines ungesühnten Mordes und viele offene Fragen blieben. Bis die „Nürnberger Nachrichten“ jetzt titelten: „Verräterische Spur? Gen-Analyse soll Erlanger Doppelmord aufklären.“ Dabei waren es gerade Becksteins damalige Parteikameraden von der CSU, die die Bedeutung der „Wehrsportgruppe“ bis zu ihrem Verbot Anfang 1980 durch das Bundesinnenministerium heruntergespielt hatten. Symptomatisch für diese Fehleinschätzung, die sich laut „Spiegel“ „von

der politischen Ebene über Justizbehörden bis in die Medien ausbreitete“, war der Ausspruch von Franz-Josef Strauß aus dem Frühjahr 1980: „Mein Gott, wenn ein Mensch sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen ‘Battle Dress’ spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.“ Hoffmann galt offiziell in Bayern als schrullig, aber nicht gefährlich. Obwohl seine Wehrsportgruppe auf über 400 Anhänger anwuchs, sahen die Behörden keinen Grund zum Einschreiten.

Dabei hatte Hoffmann nie einen Hehl aus seinen gefährlichen politischen Ansichten gemacht. „Eine Demokratie ist impotent, eine Diktatur, die den richtigen Mann an der Spitze hat, kann für ein Volk alles tun.“, erzählte er bereits 1977 einer italienischen Wochenzeitung. Seine WSG, eine Art paramilitärische Truppe, sollte ihm zur Durchsetzung seiner Ziele dienen.

Einer der lautesten Warner war bis zu seiner Ermordung Shlomo Levin. Der jüdische Verleger war ein Mann mit „schillernder Vergangenheit“. Laut „Abendzeitung“ soll Levin persönlicher Adjutant von Israels ehemaligem Verteidigungsminister Moshe Dajan gewesen sein. 1964 kam er nach Erlangen und plante die Neugründung einer eigenen jüdischen Gemeinde. Ein prominentes Opfer, auch seine Freundin. Frieda Poeschke war die Witwe des ehemaligen SPD-Bürgermeisters von Erlangen.

„Der Spiegel“ kritisierte während des Prozesses die Ermittlungsmethoden der bayerischen Verantwortlichen: „Was bei der RAF nur mit der fragwürdigen Unterstellung funktionierte, sämtliche Gruppenmitglieder hätten alle Anschläge geplant und gebilligt, deshalb seien sie auch dann für die Folgen zu bestrafen, wenn sie selbst gar nicht am Tatort waren, das hätte – auf die WSG angewandt – für Hoffmann brenzlich werden können.“ Denn die braune Truppe war straff hierarchisch aufgebaut, es gab „unbedingte Subordination“ und eine unumstößliche militärische Befehlsstruktur. „Wenn dann ein WSG-Mann (...) obendrein Hoffmanns Stellvertreter einen prominenten Juden ermordet, wäre nach dieser Strafvorschrift auch der Chef dafür verantwortlich zu machen, ohne dass ihm konkrete Tatbeiträge noch einzeln hätten nachgewiesen werden müssen.“, urteilt der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 19. November 1984.

Bereits am Abend nach der Tat hatte Behrendt seinem Chef die Tat gestanden, laut Hoffmann mit den

Worten: „Chef, ich habe den Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde in Erlangen erschossen. Ich hab’s auch für Sie getan.“ Am nächsten Tag dann beseitigte Hoffmann belastende Spuren, er verbrennt die Wollmütze, die Windjacke und den Schal von Behrendt im Kachelofen der Schlossküche. Die potenzielle Mordwaffe gehörte dem Chef, seine eigene Waffe soll Behrendt nicht benutzt haben. Jahre später in der Haft schreibt Karl-Heinz Hoffmann seinen „an Tatsachen orientierten Roman“ „Verrat und Treue“. Darin heißt es: „Diese Versuche zur Schalldämpferentwicklung können mich jetzt teuer zu stehen kommen. Dazu kommt noch, dass die Beretta MP im Kameradenkreis auch nicht gerade unbekannt ist. Wenn sie gefunden wird, müssen wir damit rechnen, dass sie jemand erkennt und sie mir zuordnet.“ Nach Hoffmanns Angaben versichert der Gefolgsmann dem Anführer daraufhin, dass kein Mensch die Tatwaffe „jemals wieder“ findet.

■ Unumstößliche militärische Befehlsstruktur der Wehrsportgruppe ■

Im Roman wie auch in der Realität macht Hoffmann Behrendt Vorwürfe, die Sonnenbrille mit der Gravur „Schubert Modell 27“ am Tatort liegen gelassen zu haben. Doch die bayerischen Fahnder benötigten ganze fünf Wochen, so der „Spiegel“, bis sie zum ersten Mal bei Franziska Hoffmann erschienen. Da hatten sich Behrendt und Hoffmann bereits in den Libanon abgesetzt.

Zwei Wochen nach Becksteins Versprechen in der Erlanger Kirche bremst ein Sprecher des Landeskriminalamtes jede aufkommende Euphorie: „Es muss zunächst geklärt werden, ob vorhandenes DNA-Material da ist, nach so langer Zeit können die Tatortspuren falsch gelagert worden sein und alles ist zerstört.“ Der Sprecher bestätigt: „Es gab damals bedrückende Hinweise, dass Behrendt der Täter war.“ Auf die Frage, ob Karl-Heinz Hoffmann noch ruhig schlafen kann, antwortet der LKA-Sprecher ernüchternd: „Ich weiß nicht, ob er sich Sorgen machen soll oder nicht. Aber in erster Linie geht es darum die Täterschaft zu klären.“ Sollte es also nach „langwieriger“ positiver DNA-Suche tatsächlich zu neuen Ermittlungen kommen, dann wird in erster Linie der mutmaßliche Attentäter ins Visier geraten, also Uwe Behrendt – aber der ist seit Jahren tot. Todesursache: vermutlich Selbstmord. Ein Mordfall ohne Mörder?

Andrea Röpke

Am Rande

„NS-Ideologie“

Couragierte Richter wenden sich gegen Aufmarsch von Rechtsextremisten.

Neonazis wollen am 13. März und eventuell noch einmal eine Woche darauf in Bochum gegen den Bau einer Synagoge aufmarschieren. Der Polizeipräsident untersagte die Veranstaltung. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hob aber in erster Instanz das Verbot wieder auf. Polizeipräsident Thomas Wenner hatte klare Worte gefunden. Mit einer Veranstaltung unter dem Motto „Stoppt den Synagogenbau“ bewege sich der Anmelder, NPD-Landesvorstandsmitglied Timo Pradel, „im innersten Kernbereich nationalsozialistischer Ideologie“. Er drücke damit aus, „dass er dem Brandschatzen der Synagoge als Auftakt einer bürokratisch organisierten und mitleidslos barbarisch durchgeführten fabrikmäßigen Massenvernichtung von Juden in ganz Europa auch heute noch im nationalsozialistischen Sinne historischen Bestand verliehen wissen will.“ Über ein bloßes Leugnen des Holocaust gehe dies noch hinaus, indem „ein öffentliches und unverhohlenes Bekenntnis zur Zerstörung der Synagogen und zum Holocaust abgelegt“ werde.

Einige Tage vor der Verbotsverfügung hatten sich zwei Dutzend Richter des Bochumer Land- und des Amtsgerichts in einem ungewöhnlichen öffentlichen Appell dafür stark gemacht, den auch von zahlreichen „freien Kameradschaften“ unterstützten Aufmarsch zu untersagen. „Wer sich dem Bau einer neuen Synagoge in den Weg stellt, reiht sich 65 Jahre später erneut in die Reihe derer ein, die die alte in Schutt und Asche legten.“ Demonstrationen, die „in offenkundiger Anknüpfung an Naziverbrechen Synagogen ‘stoppen’ wollen, verstoßen unbezweifelbar gegen die öffentliche Ordnung“, meinen die Richter – und hoffen, dass ihre Kollegen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit und beim Verfassungsgericht diese Auffassung teilen: „Ein Gericht, das dies anders sähe, müsste ein halbes Jahrhundert nach dem Holocaust den rechtlichen Leitsatz aufstellen, es sei mit der deutschen öffentlichen Ordnung wieder vereinbar, dafür zu werben, Synagogen aus deutschen Städten fern zu halten und jüdische Religionsausübung zu unterbinden. Wir halten dies für ausgeschlossen.“ Nun sind das NRW-Oberverwaltungsgericht und das Bundesverfassungsgericht an der Reihe. T.S.

Am Rande

Hohe Dunkelziffer

Gewalttätiges rechtes Potenzial im Osten.

In Ostdeutschland werden offenbar pro Woche mehr als zehn rechte Gewalttaten verübt. Im vergangenen Jahr haben Opferberatungsstellen in den fünf neuen Ländern und Berlin insgesamt 551 Angriffe (Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung) registriert. Mit 141 Delikten liegt Sachsen an der Spitze, gefolgt von Brandenburg (116), Thüringen (91), Berlin (73), Sachsen-Anhalt (66) und Mecklenburg-Vorpommern (64). Die Fälle wurden von insgesamt acht Initiativen recherchiert, die Opfer rechter Gewalt betreuen und über das „civitas“-Programm von der Bundesregierung gefördert werden. Das Netz der Initiativen deckt momentan nur Ostdeutschland ab.

Die Daten der Opferberatungsstellen liegen vermutlich weit über den zu erwartenden offiziellen Zahlen. Einen Hinweis darauf gibt Brandenburg, das als erstes Bundesland Zahlen rechter Delikte gemeldet hat. Das Innenministerium dort registrierte 2003 insgesamt 87 einschlägige Gewalttaten – 29 weniger als der Potsdamer Verein Opferperspektive, der zu den acht Initiativen gehört. Diese halten allerdings ihre Zahlen auch nur für „Annäherungswerte“, da sie eine hohe Dunkelziffer vermuten. Vor allem Flüchtlinge und nicht rechte Jugendliche erstatteten selten Anzeige bei der Polizei. Nach den Recherchen der Initiativen waren von den 551 rechten Attacken insgesamt 808 Personen betroffen. Die meisten – 337 – wurden Opfer rassistischer Gewalt. Bei diesen Personen handelt es sich um Migranten, Deutsche mit ausländischer Herkunft und auch solche, die von rechten Tätern irrtümlich für Ausländer gehalten wurden. 332 Opfer waren Angehörige nicht rechter jugendlicher Subkulturen, wie zum Beispiel Hiphopper, aber auch „normale“ Personen. Die weiteren Opfer sind Linke und andere politisch aktive Nazi-Gegner, Homosexuelle, Juden und Obdachlose. Insgesamt waren fünfmal mehr Männer als Frauen das Ziel rechter Angriffe.

Frank Jansen

■ **Berlin** – Die rechtsextrem motivierten Gewalttaten sind in Berlin im Jahr 2003 auf 70 Delikte (+18), darunter 43 fremdenfeindliche (+15), angestiegen. Dies geht aus einem Lagebericht der Berliner Polizei hervor, der am 26. Februar bekannt wurde.

Seitenblick**Wachsende Bedrohung****Tagung der EU über den Antisemitismus.**

„Wann sollen wir gehen?“, hätten jüdische Repräsentanten ihn kürzlich bei einer Europareise flüsternd gefragt, berichtete Nobelpreisträger Elie Wiesel während eines Antisemitismusseminars der EU jüngst in Brüssel. Vertreter großer jüdischer Organisationen aus Europa, den USA und Israel waren in die belgische Metropole gekommen, um die Lage gemeinsam zu analysieren und Möglichkeiten der Gegenwehr zu entwickeln. Von dem Streit um eine Studie zu dem Thema, die ursprünglich nicht publiziert werden sollte, war nur am Rande die Rede. Schnee von gestern angesichts der wachsenden Bedrohung – jedenfalls aus der Sicht vieler Juden, zu denen auch Cobi Benatoff gehört. Der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses ist beunruhigt und sieht in den jüdenfeindlichen Attacken eine „Wiederholung der Geschichte in der die Juden immer mit Öl begossen, gejagt, gevierteilt und ausgerottet wurden.“ EU-Kommissionspräsident Romano Prodi widersprach entschieden. „Unser Europa ist nicht mehr das Europa der 30er und 40er Jahre.“ Er warnte aus Respekt vor den Opfern des Holocaust davor, deren Leiden mit den Ereignissen von heute gleichzusetzen. Avraham Burg, der ehemalige Präsident des Parlaments in Jerusalem, unterstützte Prodi. „Es stimmt nicht, dass die ganze Welt gegen uns ist. Dies ist die beste Welt, die wir hatten. Vor 60 Jahren hätte es eine Konferenz wie diese nicht gegeben.“ Er spielte damit auf die Konferenz von Evian am Genfer See im Juli 1938 an. Vertreter aus 32 Ländern waren in die Schweiz gekommen, um internationale Hilfe für die vom Holocaust bedrohten europäischen Juden zu organisieren. Erreicht wurde nichts.

Das nur einen Tag dauernde Seminar bot viel zu wenig Zeit, um ausführlich zu arbeiten. Einigkeit bestand darin, dass die „antisemitische Propaganda“ arabischer Medien und die zweite Intifada verheerende Folgen für viele Juden haben. Bundesaußenminister Joschka Fischer machte auf den Unterschied zwischen Kritik an Israel und dessen Existenzrecht aufmerksam. Kritisieren – ja, aber das Existenzrecht dürfe unter keinen Umständen in Frage gestellt werden. Prodi beließ es nicht bei Debatten. Er kündigte bis zum Herbst einen EU-Aktionsplan gegen Antisemitismus an. *H.L.*

Ausland**Ein „Held“ der Szene****Der Vater des Filmstars Mel Gibson leugnet öffentlich den Holocaust.**

In der Debatte um den umstrittenen „Christus“-Film von Mel Gibson ist nun auch dessen Vater Hutton ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. In einem Telefoninterview mit dem New Yorker Radiomoderator Steve Feuerstein behauptete Hutton Gibson, dass viele Juden, die heute als Opfer des Holocaust angesehen werden, tatsächlich in die USA oder nach Australien ausgewandert seien. „Es ist alles – vielleicht nicht alles – Fiktion, aber das meiste“, fährt Gibson senior fort, „Es sind einfach zu viele Überlebende. Es ist ein Trick, um Geld zu verdienen“. Gibson zweifelt auch an, dass die Gaskammern überhaupt genug Kapazität gehabt hätten, viele Millionen Menschen zu ermorden. „Sie sind einfach weggegangen. Sie waren überall, in der Bronx und Brooklyn, in Sydney und Los Angeles.“

Der 85-Jährige hängt einer traditionalistischen Form des Katholizismus an, die vehement alle Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-1965) ablehnt und als jüdisch-freimaurerischen Versuch diffamiert, die Kirche zu übernehmen. Die in der katholischen Kirche vollzogene Abkehr von der Kollektivschuld-These, die die Juden als „Mörder des Heiland“ darstellt, wird abgelehnt. Im März 2003 berichtete das „New York Times Magazine“ über die antisemitischen Ausfälle von Hutton Gibson. In einem Interview sprach er von einer jüdischen Verschwörung und leugnete den Holocaust.

Es ist kein Zufall, dass Gibson senior das Vokabular der „Revisionisten“-Szene verinnerlicht hat. Am 21. Juni 2003 sprach er in Washington, DC, auf einer Konferenz von „The Barnes Review“, einer der weltweit wichtigsten Organisationen des Milieus. Hier beklagte er sich über den enormen Einfluss „internationaler Banker“ und „freimaurerische, antikirchliche Verschwörungen“. Auf der Webseite des einschlägigen Adelaide-Instituts ist denn auch ein Bild von Hutton Gibson mit dem deutsch-australischen Holocaust-Leugner Fredrick Toben eingestellt mit der Bildüberschrift „Ein Held unserer Tage“. Für die sonst von der Tagespresse weitgehend ignorierten „Revisionisten“ könnten weitere Auftritte von Gibson in der Zukunft ungeahnte Publicity bedeuten. *Thomas Grumke*

Ausland**Zwischenfall**

Beim Dreh eines Kinofilms in Schottland mischte ein bekannter Neonazi mit.

Dem Schauspieler Adrien Brody und seinem Management verging die gute Laune, als sie von der Vergangenheit des Mannes erfuhren, mit dem zusammen sich der Oscar-Preisträger nur wenige Tage zuvor für Erinnerungsfotos ablichten ließ. James Mitchell, Nebendarsteller in Brody's neuem Film „The Jacket“, besitzt nicht nur ein stattliches Vorstrafenregister, sondern machte in den letzten zehn Jahren auf der Insel auch wiederholt als rassistischer Aktivist und Ku Klux Klan-Anhänger von sich reden. Unklar ist, wie es dem ehemaligen Mitglied der rechtsextremen Gruppe „Combat 18“ gelang, auf den Set des Films zu kommen. Den üblichen Sicherheitscheck hätte Mitchell kaum bestanden. „The Jacket“ wird zur Zeit in der Nähe der schottischen Ortschaft West Lothian gedreht und von den beiden Hollywood-Regisseuren George Clooney und Steven Soderbergh produziert.

Offensichtlich kam dem Schotten bei der Auswahl für den Film zugute, dass er längere Zeit in einer Klinik zur psychiatrischen Behandlung zugebracht hatte. Mitchell, der im Film einen Anstaltsinsassen spielt, wies die Schauspieler in den fachgerechten Gebrauch von Zwangsjacken ein und fungierte als Berater. Umso erstaunlicher, da der 40-Jährige allem Anschein nach auch während der Dreharbeiten keinen Hehl aus seiner Vergangenheit oder seiner politischen Einstellung machte. Angesprochen auf seine Ku Klux Klan-Tätowierungen brüstete er sich damit, noch immer als Anwerber für den Klan in Schottland tätig zu sein und sprach über das Ziel eines „rassenreinen“ Britanniens unter faschistischer Führung. Mitchell behauptete zudem, in den 90ern in einer Hochsicherheitsanstalt gewesen zu sein, nachdem er wegen grausamen Totschlags verurteilt worden war. Allerdings bestätigte die britische Polizei die Existenz einer solchen Verurteilung bisher nicht. Aussagen der Filmcrew zufolge waren die Produzenten außer sich, als sie von dem peinlichen Zwischenfall erfuhren. Adrien Brody, bekannt für seine Rolle als Überlebender des Holocaust im Warschauer Ghetto in „Der Pianist“, war zu keiner Stellungnahme bereit. Offen ist, ob Mitchell tatsächlich im Film auftauchen wird oder ob seine Szenen erneut gedreht werden. *Michael Funk*

Ausland**„Opfer des Systems“**

Rechtsextreme Parteichefs zu den Wahlen am 21. März nicht zugelassen.

Jean Marie Le Pen wird endgültig nicht im südostfranzösischen Paca zu den Regionalpräsidentenwahlen am 21. März antreten. Gegen die Ablehnung seiner Kandidatur durch den Regionalpräsidenten in Marseille wegen der fehlenden Wohnsitzbescheinigung hat der rechtsextreme Politiker – vergeblich – versucht, die Rechtsmittel bis in die letzte Instanz auszuschöpfen. An Le Pens Stelle kandidiert jetzt Guy Macary, der Vorsitzende der FN-Fraktion im Regionalparlament von Marseille. Vermutlich aber gefällt Le Pen sich in der Rolle des donnernden „Volkstribunen“, die er als angebliches „Opfer der Machenschaften des Systems“ nunmehr erneut einnehmen wird, ohnehin besser als im Gewand des Regionalpolitikers, der auch „langweilige“ Sachthemen zu bearbeiten hat.

Der FN-Bürgermeister von Orange (das in der Region Paca liegt), Jacques Bompard, erklärte dazu im Radio France Info, es handele sich um eine erfreuliche Situation, da die – angebliche – willkürliche Ausgrenzung Le Pens dem FN „Sympathien unter den Wählern einbringen“ werde. Es ist zu hoffen, dass Bompards Rechnung nicht aufgehen wird. Allerdings dürfte der Bürgermeister von Orange gleichzeitig noch ein anderes Kalkül hegen. Bompard hatte im Frühjahr 2003 in einem heftigen Konflikt mit Le Pen um die Nachfolge an der Parteispitze gestanden. Der „alte Kämpfer“ Jacques Bompard war dagegen, eine „familiäre“ Nachfolge in Gestalt von Le Pens Tochter Marine einzuleiten, und schlug stattdessen eine kollegiale Parteiführung aus „bewährten Kadern“ vor. Wenn der FN jetzt ein hohes Wahlergebnis erhält, dann kann das als Beweis dienen, dass es „auch ohne Le Pen“ geht. Mangelnder Erfolg ließe sich Le Pens Vorwahl-Kapriolen in die Schuhe schieben. In jedem Falle könnte es den allmählich eingeleiteten Abgang des alternden Parteichefs beschleunigen.

Im Übrigen wurde auch Le Pens Erzrivalen Bruno Mégret, Chef der FN-Abspaltung Mouvement national républicain, der im ostfranzösischen Champagne-Ardenne antreten wollte, wegen der fehlenden „Niederlassungsbestätigung“ die Zulassung zur Wahl verweigert. *Bernhard Schmid*

Ausland

Falsche „Abstammung“**Farbiger darf nicht zum „Aryanfest“.**

Erst kurz vor Beginn wurden die Teilnehmer des 3. Volksfront-Jahrestreffens, bekannt unter dem Namen „Aryanfest“, über eine Internetseite zum Gelände des McDowell Regional Mountain Park in Arizona gelotst, wo die Veranstalter einen öffentlichen Campingplatz gemietet hatten. Dem Vorsatz, die Bewegung wieder zusammenzubringen, waren Mitglieder der Aryan Nations, Hammerskin Nation, White Revolution, Women for Aryan Unity, National Socialist Movement, Blood&Honour oder des Ku Klux Klan gefolgt. Sie schwadronierten um die Verkaufs- und Bierstände oder schlangen zur Musik mehrerer „white power“-Bands das Tanzbein (mit dabei waren „Max Resist“, „Rebel Hell“, „American Standard“ und aus Europa „Valhalla's Patriots“). Entgegen der kalkulierten 1000 Gäste verloren sich allerdings nur etwa 250 Teilnehmer auf dem Gelände. Gewalttätige Zwischenfälle gab es – zum Erstaunen der örtlichen Polizei – nicht.

Für einige Aufregung sorgte jedoch ein Jugendlicher, der eine Stunde nach Einlass in Begleitung mehrerer Freunde auftauchte. Seine Kleidung, der kahl geschorene Kopf und die „white power“-Tätowierungen auf beiden Armen hätten ihn zum perfekten Teilnehmer gemacht, wäre da nicht seine dunkle Hautfarbe gewesen. Von den Skinhead-Sicherheitskräften angesprochen, gab er an, seinen Respekt für die weiße Rasse und seine Unterstützung für die gemeinsame Sache zeigen zu wollen. Bleiben durfte der junge Mann dennoch nicht – wegen seiner „fragwürdigen Abstammung“, wie die Veranstalter im Internet verlauten ließen.

Die Organisatoren von Volksfront und Panzerfaust Records zeigten sich trotz des geringen Interesses zufrieden. Neben Veteran Tom Metzger und Aryan Nations-Gründer Richard Butler traten auch Billy Roper, Vorsitzender von White Revolution und langjähriger Befürworter der Zusammenarbeit rechtsextremer Gruppen, und ein Deutscher namens „Hansi“ von „Blood&Honour“ Mitteleuropa als Redner auf. Mitglieder der National Alliance wurden indes nicht gesichtet, was nicht zuletzt auf die anhaltenden Spannungen zwischen Panzerfaust Records und dem NA-Musiklabel Resistance Records zurückzuführen sein dürfte. *Michael Funk*

Seitenblick

Schaden angerichtet

Die Vorsitzende des Bund der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, hat die Polen-Korrespondentin mehrerer deutscher Zeitungen, Gabriele Lesser, beim Hamburger Landgericht verklagt. Steinbach will die Journalistin per Gericht zwingen, ihre kritischen Berichte über das vom BdV geforderte Zentrum gegen Vertreibung künftig zu unterlassen. Steinbach missfällt, dass Lesser einen Zusammenhang zwischen dem Holocaust-Mahnmal und dem Vertriebenenzentrum sieht, das die BdV-Vorsitzende unbedingt auch in der Hauptstadt haben will. Lesser hatte unter anderem in den „Kieler Nachrichten“ über polnische Reaktionen auf das Zentrum geschrieben: „Es kann nicht sein, dass die Vertriebenen, so verständlich ihr individuelles Leid ist, die deutsch-polnische Versöhnung der letzten zehn Jahre in einen neuen Hass-Dialog verwandeln“. Auch soll Lesser nicht mehr die „Süddeutsche“ (SZ) zitieren, nach der Steinbach gesagt habe, es bedürfe keiner Kampfflugzeuge mehr, um Polen und Tschechen zum Einlenken zu bringen. Es genüge ein Veto in der EU. Schließlich will Steinbach, dass Lesser nicht mehr behauptet, der BdV habe niemals auf die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe vom November 1965 geantwortet.

In Polen hat die Klage Steinbachs unter Intellektuellen und Kollegen Empörung ausgelöst. In einer umfangreichen Solidaritätsadresse, die unter anderem die ehemaligen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski und Bronislaw Geremek, der erste Ministerpräsident im demokratischen Polen, Tadeusz Mazowiecki, Janusz Reiter, Ex-Botschafter in Bonn, Marek Edelman, Überlebender im Warschauer Ghettokampf von 1943, sowie zahlreiche bekannte Journalisten und Wissenschaftler unterschrieben haben, heißt es: „Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass das eigentliche Anliegen Erika Steinbachs und des BdV darin besteht, an Gabriele Lesser ein Exempel zu statuieren; nicht nur ihr soll der Mund verboten werden, sondern allen potenziellen Kritikern, die einen Zusammenhang zwischen dem Holocaustdenkmal und dem geplanten 'Zentrum gegen Vertreibungen' in Berlin sehen wollen.“ Lesser und ihre Kollegen befinden sich in der guten Gesellschaft von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen, der der SZ gesagt hat: „... Erika Steinbach und ihre Hilfstruppen richten unermesslichen Schaden an.“ *H.L.*

Demokratische Initiativen**Über Steine stolpern****Den Opfern ihre Identität zurückgeben.**

Anfangs sah man ihn nur in Köln: Einen Mann mit Schlapphut, der irgendwo in der Stadt auf dem Bürgersteig kniet und herumfuhrwerkt. War er wieder verschwunden, hatte die Stadt einen Erinnerungsstein mehr. Gunter Demnig heißt er, der seit 1985 in Köln als Grafiker arbeitet. Am Rhein entstand auch die Idee mit den Steinen. Das war 1990 während einer Gedenkstunde zum 50. Jahrestag des Beginns der Deportation von 1000 Sinti und Roma aus Köln in die Lager im Osten. Demnig legte damals eine breite Kreidespur vom Dom im Herzen der Stadt über eine Rheinbrücke auf die andere Seite des Stroms zu den Messehallen. Dort hin hatten die Opfer kommen müssen, dort standen die Deportationszüge. Die Kreidespur war bald verschwunden, doch die Erinnerung blieb, auch deshalb, weil die Stadt ihm erlaubte, 21 Tafeln mit dem Hinweis auf die Verschleppung ins Pflaster einzulassen. Eine liegt am Rande der Domplatte – ein Platz, den jeder Tourist auf dem Weg vom Hauptbahnhof in die City überquert.

Damals kam Demnig auf die Idee, dort Steine zu verlegen, wo NS-Opfer gelebt haben – selbstverständlich Juden, aber auch Sinti und Roma, politisch und religiös Verfolgte, Opfer der Euthanasie-Morde und andere. Um die Öffentlichkeit mit seinen Plänen vertraut zu machen, zeigte er die ersten 250 Steine in der evangelischen Antoniter-Kirche mitten in Köln: 10 mal 10 Centimeter große Steine mit den Namen und – soweit rekonstruierbar – Lebensdaten der Opfer, die Demnig in ebenso große Messingplatten graviert. Es sind keine Grabsteine, auf die man nicht treten darf, sondern Steine, über die Menschen im Sinne des Wortes stolpern, innehalten, sich erinnern sollen. Die Patenschaft für einen Stein kostet 95,- Euro. Der Künstler und seine Helfer legen Wert darauf, dass die Steine betreten werden, weil sie dadurch blank bleiben und man den Text leicht lesen kann. In Köln liegen inzwischen mehr als 1200 Steine vor etwa 250 Häusern. Wenn in einem Haus mehrere Opfer gelebt haben, bekommt selbstverständlich jedes Opfer seinen Stein und dadurch seine Identität zurück.

Um auf ihre Spur zu kommen, ist Demnig auf die Hilfe vor Ort angewiesen. Den Kontakt sucht nicht

er selbst. Die Initiative geht von den Orten aus, wo Menschen gegen das Vergessen arbeiten. Sie suchen zunächst in ihrer Stadt, in ihrem Dorf Namen und ehemalige Anschriften der Verschleppten, danach bemühen sie sich um die Genehmigung der örtlichen Verwaltung und dann erst fragen sie den Kölner Künstler, ob er zu ihnen kommen könne.

Mittlerweile gibt es Stolpersteine unter anderem in Berlin, in Hamburg, in Freiburg, in Erkelenz und Euskirchen zwischen Köln und Aachen, in Leverkusen, Bonn, Opladen, Bünde, Neustadt an der Weinstraße, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Münster in Westfalen und seit kurzem auch in Zwickau, der Heimat der Gründer des großen jüdischen Kaufhauskonzerns Schocken. In all diesen Städten existieren Vereine, die unsere Geschichte wachhalten oder wieder in Erinnerung bringen wollen. In Münster, wo Demnig Anfang des Jahres die ersten Steine gelegt hat, war es der Verein „Spuren finden“, dessen Schirmherren Paul Spiegel und Regierungspräsident Jörg Twenhövel sind. Schülerinnen eines Gymnasiums haben in Münster spontan mehr als 400,- Euro für Demnig und seine Arbeit gesammelt. In Zwickau war es vor vier Jahren eine Lehrerin, die sich mit Schülerinnen und Schülern zwischen 14 und 17 Jahren auf Spurensuche begab. Es war 1906, als die Brüder Salman und Simon Schocken beschlossen, in der sächsischen Stadt ein Kaufhaus zu gründen. Ihr soziales Engagement wurde in ganz Sachsen bald zu einem festen Begriff. 1938 konnten sie gerade noch rechtzeitig in die USA fliehen. Die ersten Steine bekamen in Zwickau die Brüder Schocken. In diesem Jahr soll es weitere 14 Steine geben. So wird es auch in Münster sein, was der Verein „Spuren finden“ jüngst während einer Pressekonferenz bekannt gab.

Gunter Demnigs Stolpersteine sind über Deutschland hinaus bekannt geworden. Schließlich gibt es in allen von den Nazis okkupierten Staaten Opfer, die ohne Spuren im Holocaust verschwunden sind und deren Namen oft mühsam gesucht werden müssen. Anfragen gibt es aus Amsterdam und Antwerpen. Kontakte bestehen zu Mailand, Paris und Saloniki, einer ehemals großen jüdischen Gemeinde. Mindestens 43 850 Juden haben die Nazis 1943 von dort nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Demnig freut sich über das große Interesse im In- und Ausland und würde sein Projekt gern europaweit ausdehnen. Über die Anfänge der Stolpersteine hat die Kölner Journalistin Kirstin Serup-Bilfeld das Buch „Stolpersteine – Vergessene Namen, verwehte Spuren“ geschrieben. *Heiner Lichtenstein*

Grauzone**Propagandabühne**

Zahlreiche Autoren der „Jungen Freiheit“ greifen auch für das Magazin des Bundes der Selbständigen in Nordrhein-Westfalen zur Feder.

In seiner Gestaltung und Aufmachung sowie dem Mix aus Politik und Wirtschaft erinnert „Der Selbständige“ an das einstige unionsnahe „Deutschland-Magazin“. Regelmäßig werden in dem Magazin rechtslastige Unionspolitiker vorgestellt. In der Januar-Ausgabe ist es die CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Mantel, die im Interview beklagt, dass im Vorstand des Bündnis für Demokratie und Toleranz „überwiegend Vertreter von SPD, Grünen und PDS“ sitzen würden. Positiv porträtiert werden im „Selbständigen“ gerne „investigative Journalisten“ wie Wolfgang Pott, der in der „Welt am Sonntag“ die Fachtagung des NRW-Verfassungsschutzes vom Oktober 2003 über „Die neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie“ attackierte („Arbeitet der Verfassungsschutz mit Linksextremisten?“).

Im vergangenen Herbst waren im Gefolge der Hohmann-Affäre auch die rechtspopulistischen Äußerungen der CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Fischer (Karlsruhe; „Junge Freiheit“-Autor) und Henry Nitzsche (Kamen; Teilnehmer des JF-Sommerfestes 2003) öffentlich geworden, die beide zuvor in der Zeitschrift „Der Selbständige/DS-Magazin“ (Dortmund) getan hatten.

Herausgeber der Zeitschrift ist der Bund der Selbständigen – Landesverband NRW e.V. und die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer. Hauptgeschäftsführer ist Joachim Schäfer, Unterzeichner des „Junge Freiheit“-„Appells für Pressefreiheit“. Kuratoriumsmitglieder sind neben anderen der CDU-Politiker und JF-Autor Martin Hohmann sowie Bernhard Friedmann und Georg-Berndt Oschatz, die allesamt als JF-Interviewpartner zur Verfügung standen.

Vorsitzender des Bundes der Selbständigen – Landesverband NRW, der Eigenangaben zufolge rund 10 000 Mitglieder aus allen Branchen, vom Bäckermeister bis hin zum Anwalt, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer betreut, ist Hans-Peter Murmann, Erstunterzeichner des „Appells an Angela Merkel

und Edmund Stoiber“: „Kritische Solidarität mit Martin Hohmann“. Verlegt wird der „Selbständige“ von Wolfgang Reschke (Aton Verlag, Unna), ebenfalls einer der Erstunterzeichner des „Appells an Angela Merkel ...“

Der Redaktion gehören neben Schäfer die CDU-Bundestagsabgeordnete Anita Schäfer, Sebastian Prinz, Ex-Organisator eines JF-Leserkreises, später Mitglied des Arbeitskreises „Publizistische Aktivitäten gegen Links“ von Hans-Helmuth Knütter, und bis vor kurzer Zeit Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Egon Jüttner, Andreas Schneider, Erstunterzeichner des „Appells an Angela Merkel...“, JF-Autor, Funktionär des Christlich-Konservativen Deutschland-Forums, CDU-Mitglied, und Michael Wiesberg, JF-Autor, Referent beim JF-nahen Institut für Staatspolitik, vormals Mitarbeiter der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion, an.

Ständiger Gastautor ist neben dem ehemaligen CDU-Spitzenpolitiker Friedhelm Ost unter anderem Bruno Bandulet, Herausgeber des „Deutschland-Briefes“, JF-Autor, ehemals Präsidiumsmitglied des Bundes freier Bürger. Kopf der Fachredaktion ist Eberhard Hamer, JF-Autor und Ex-BFB-Mitglied.

Auffallend ist beim „Selbständigen“ der hohe Anteil von Autoren der „Jungen Freiheit“, die das Magazin neben Blättern wie „Sezession“, „Preußische Allgemeine Zeitung“ und „wir selbst“ als Propagandabühne nutzen. Dazu zählen die JF-Schreiber Roland Baader (Referent beim Berliner Kolleg, das von der JF und dem Institut für Staatspolitik ausgerichtet wird), Wilfried Böhm (Ex-CDU-Bundestagsabgeordneter, Autor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, Vorsitzender des Förderkreises Deutschland), Klaus Hornung (Ex-Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim, Autor der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“), Philip Plickert (CSU, Autor des „Bayernkurier“, zuvor Mitglied der BFB-Jugendorganisation Junge Freiheitliche), Bernd-Thomas Ramb (BFB-Gründungsmitglied und später BFB-Bundesvize), Thorsten Thaler (Ex-Fraktionsgeschäftsführer der Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus, später Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat), Michael Wiesberg und Stefan Winckler. Letzterer ist gemeinsam mit Knütter Herausgeber des im Leopold Stocker Verlag erschienenen „Handbuchs Linksextremismus“ und Präsidiumsmitglied des Studienzentrums Weikersheim.

Anton Maegerle

Bücherschau

„Teuflischer“ Pakt

Wer sich ernsthaft mit dem komplexen Thema „Satanismus“ beschäftigen möchte, muss – so scheint es – zunächst Fachbegriffe pauken, um Zugang zu einer sehr fremd erscheinenden Gedankenwelt zu bekommen. Der Journalist Rainer Fromm nimmt dem interessierten Laien einen Teil dieser Arbeit ab: Der Kenner der Materie hat das kürzlich erschienene Buch „Satanismus in Deutschland – Zwischen Kult und Gewalt“ verfasst.

Magie, Hexenkult und Wahrsagen stehen seit eh und je bei manchen Menschen hoch im Kurs – in den letzten Jahren haben esoterische Praktiken möglicherweise sogar an Popularität gewonnen. Doch diese oftmals recht beliebige Mixtur aus Kräuterkunde, PSI-Techniken und Elementen heidnischer Kulte sind nicht Fromms Thema. Er versucht in seinem Band, Schneisen in den Dschungel der verschiedenen satanistischen beziehungsweise neosatanistischen Gruppen und Ideen hintergründe zu schlagen. Der Autor verfolgt dabei systematisch die Frage, welche satanistischen Gruppen rechtsextremistisches Gedankengut vertreten beziehungsweise Verbindungen zur rechten Szene unterhalten. Manchmal bleiben die konkreten Verbindungen unklar, wie etwa bei „Ordo Templi Saturni“ (OTS), über den Fromm schreibt: „Das Elitendenken der Organisation ist klar erkennbar, (...). Der OTS schafft es nicht, sich klar vom NS-Terrorstaat zu distanzieren.“

Ein Teil des Satanismus-Spektrums grenzt sich vom rechten Lager ab. So distanzierte sich der Herausgeber der Zeitschrift für Heidentum, Naturreligion und thelemitische Philosophie „Der Hain“ Anfang der 90er-Jahre von Rassisten der neugermanischen Szene. Welche Zielgruppen „Der Hain“ im Blick hat, geht aus seiner Homepage hervor, die Fromm zitiert: „Hexen, Magier/Innen, Druid/Innen oder Amazonen. Allergisch sind wir lediglich gegen hemmungslose Eso-Spinner oder braune Socken.“

Einen eigenen Abschnitt seines Buches widmet Fromm dem „Jugendsynkretistischen Satanismus“ – der Grauzone zwischen Gesellschaftsprotest, Okkultismus und Rechtsextremismus. In diese Kategorie gehört beispielsweise Black Metal, eine Musikrichtung, die, wie Fromm schreibt, für ihre Anhänger ein umfassendes Lebensgefühl ausmache.

Black Metal zählt im engeren Sinn nicht zum Satanismus, allerdings suggeriert das äußere Erscheinungsbild von Band-Angehörigen und Fans Nähe zu dieser Szene. Aufgrund der Verherrlichung von Gewalt und Stärke in ihren Musiktexen sowie ihrer Kokettiererei mit politischen und religiösen Tabubrüchen sei, so Fromm, „die Black Metal-Subkultur für Satanisten wie auch für Rechtsextremisten gleichermaßen interessant, da sie in den Schwarz-Metallern ein Rekrutierungspotenzial sehen“. Vor allem in osteuropäischen Ländern hätten mittlerweile Black-Metal-Bands teilweise den Skinhead-Gruppen auf dem rechtsextremen Musikmarkt den Rang abgelaufen.

Am Beispiel der Allgermanischen Heidnischen Front (AHF) beziehungsweise ihres Ablegers Deutsche Heidnische Front (DHF) macht Rainer Fromm deutlich, wie sich im Übergangsbereich zwischen Black Metal und Rechtsextremismus antisemitische, rassistische und neuheidnische Vorstellungen mischen. Die DHF sei ein „Zusammenschluss von Personen, deren Gedankenwelt von satanistischen (antichristlichen) und faschistischen Thesen geprägt ist“, gibt der Autor aus der Antwort des thüringischen Innenministeriums auf eine kleine Anfrage wieder. Die Gruppe vertrete die Theorie eines elitären Sozialdarwinismus und nennt selbst als Hauptziel die „Entchristianisierung der Bewegung“. In der Ablehnung von Judentum und Christentum berühren sich letztlich die Hauptinteressen von Satanisten und Rechtsextremisten.

Rainer Fromm listet zudem Musiklabels und Fanzines auf, die beispielhaft für die Verknüpfung zwischen Black Metal und Rechtsextremismus stehen. So habe etwa das rechte Jugendmagazin „Kreuzritter“ eine Beilage unter dem Titel „Blutaar“ aufgenommen, die sich als „Stimme der satanistisch-heidnischen Bewegung“ versteht. „Blutaar“ solle die Leser über „Begriffe aus der Nordischen Kultur“, „satanische und okkulte Symbole“ und germanische Opfer an die Götter aufklären. Der Herausgeber des „Kreuzritter“ räumt im Gespräch mit Fromm ein, dass Black Metal, Skinhead-Szene und „ganz normale Nationalisten“ seit einigen Jahren immer enger zusammenrückten.

Weitere Schwerpunkte in Fromms Band sind Kurzbeschreibungen traditioneller, ordensmäßig aufgebauter Satanisten-Gruppen, die einen guten Einblick in die Szene ermöglichen. *Gudrun Giese*
Rainer Fromm, Satanismus in Deutschland, München 2003, Olzog-Verlag, 256 Seiten, 14,90 Euro.

Bücherschau

Jüdischer Widerstand

„Nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank“ – diese Paraphrase eines Bibelwortes gab auch der 1980 zuerst erschienenen Untersuchung von Hermann Langbein über Widerstand in den Konzentrationslagern ihren Namen. Sie richtet sich vornehmlich gegen ältere Äußerungen von Bruno Bettelheim, Hannah Arendt und Raul Hilberg, in denen ein jüdischer Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Deutschland und Europa geleugnet oder doch für marginal erklärt wurde. Im Widerspruch dazu stehen die Sachverhalte, die – auch als Folge der Tabuisierung des kommunistischen Widerstandes im Zeichen des Kalten Krieges – von der Forschung bis 1970 völlig vernachlässigt und erst nach und nach in das öffentliche Bewusstsein gerückt wurden. Arnold Paucker skizziert die Ausgangslage so: „In der Frühzeit der Bundesrepublik verlief die Geringschätzung jüdischer Aktivität gegen die NS-Diktatur parallel zum Herunterspielen fast jedes nicht-militärischen und nicht-konservativen Widerstandes. Die Weiße Rose bildete da die eine löbliche Ausnahme; der Arbeiterwiderstand dagegen blieb in der Versenkung verschwunden. Aber gerade im linken Widerstand hatten Juden ihren Platz gefunden – wo sonst hätten sie schließlich überhaupt sein können? Im Übrigen fügte sich die Reduzierung auf die Opferrolle besser in das Judenbild der Bundesrepublik“ (S.6), während in der DDR nur der kommunistische Widerstand gegolten habe, der jüdische Anteil vernachlässigt worden sei, weil er nicht in die Parteilinie gepasst habe.

In souveräner Beherrschung der Quellen und zum Teil noch aus eigenem Erleben gibt der langjährige Direktor des Londoner Leo Baeck Instituts zur Erforschung der Geschichte der deutschen Juden nun einen Einblick in die inzwischen weitverbreitete Forschung zum jüdischen Widerstand. Themen sind unter anderem der illegale Widerstand in der Arbeiter- und der jüdischen Jugendbewegung, das Verhältnis zum konservativen Widerstand, der jüdische Beitrag im Spanischen Bürgerkrieg, im Partisanenkampf und zum Militärdienst in den Armeen der Alliierten.

Pauckers Überblick kann zugleich auch als Einführung in die gründliche und vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema gelesen werden, die eine dreiteilige Konferenzreihe der Konrad-Aden-

auer-Stiftung unternommen und in einem Sammelband veröffentlicht hat – ein wahres Kompendium zum jüdischen Widerstand in Deutschland und Europa. Eröffnet wird es mit der Rede von Paul Spiegel zum 60. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstandes, einem Beitrag von Ernst Ludwig Ehrlich zur Idee des Widerstandes im Judentum und einer Kurzfassung der erwähnten Abhandlung von Arnold Paucker.

Themen des ersten Teils, „Herausforderung von Widerstand“, sind unter anderem die Verteidigung der Weimarer Republik durch deutsche Juden (Barbara Suchy), das Verhältnis von Juden und Deutschen im Vorkriegsdeutschland 1930-1939 (Arnold Paucker), die Willkür der NS-Justiz (Ingo Müller), „Hitlers Volksstaat“ als Umverteilungsstaat der kleinen Leute (Götz Aly's Rede zur Verleihung des Heinrich-Mann-Preises 2002) sowie biografisch untermauerte Ergebnisse der neueren Täterforschung zum Holocaust (Gerhard Paul). Der zweite Teil des Sammelbandes widmet sich dem jüdischen Widerstand in Deutschland: Horst Sassin referiert über den Beitrag zum liberalen Widerstand, Jan Fotzik über linke Kleingruppen und die Organisation „Neu Beginnen“, Kurt Schilde über den jüdischen Jugendwiderstand, zu dem Werner T. Angress anschauliche persönliche Erinnerungen beisteuert. Der jüdische Widerstand in Europa ist dann Gegenstand des dritten Teils. Er enthält mehrere Beiträge von Arno Lustiger, zum Aufstand im Warschauer Ghetto, zum Anteil der jüdischen Freiwilligen am Spanischen Bürgerkrieg, am Kampf der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und zur tragischen Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in der Sowjetunion. Lucien Steinberg behandelt den Anteil der deutschsprachigen Juden am Widerstand in Frankreich und Belgien, Viviana Ravaoli die Teilnahme der Juden am italienischen Widerstand und Ingrid Strobl den Kampf jüdischer Frauen im besetzten Europa. Der abschließende Teil untersucht dann den Anteil jüdischer Emigranten am Wiederaufbau der Demokratie in Westdeutschland.

Theo Meier-Ewert

Arnold Paucker, Deutsche Juden im Widerstand 1933-1945, Tatsachen und Probleme, 2., erweiterte und verbesserte Auflage, 67 Seiten, Berlin 2003, Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Beiträge zum Widerstand 1933-1945).

„Gegen alle Vergeblichkeit“, Jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. von Hans Erler, Arnold Paucker und Ernst Ludwig Ehrlich, Frankfurt/New York 2003, Campus Verlag, 456 Seiten, kartoniert, 45 Euro.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Wenige Wochen nach dem Urteil des Berliner Landgerichts hat „Landser“-Sänger Michael Regner eine neue CD herausgebracht. Die neue Band des Berliners nennt sich „Die Lunikoff Verschwörung“, die CD hat den Titel „Die Rückkehr des Unbegreiflichen“. Allerdings konnte natürlich nicht ganz auf Landser-Symbolik verzichtet werden: auf dem Cover ist das typische Landser-L. Das neue Album klingt aber weder musikalisch noch textlich nach dem „Soundtrack zur arischen Revolution“ von „Landser“. Zielgruppengerecht singt der Sänger von Rauf- und Sauforgien oder Fernsehshows („Wir sind die wahren deutschen Superstars“). Der Plan, mit dem „Landser“-Image nochmal richtig Kasse zu machen, geht auf: In einschlägigen Foren ist man allein von der Tatsache begeistert, dass Regner eine neue CD produziert hat. Das fordere „wirklich allergrößten Respekt“, heißt es auf einer rechten Homepage. „99% der Durchschnittsnationalisten in Deutschland hätten den Schwanz eingezogen“, wird festgehalten.

■ **Berlin** – Im Gefolge des Berliner Prozesses gegen die Führungsköpfe des „Deutschen Kollegs“ hat sich ein „Komitee Freiheit für Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen“ gebildet. Gründungsinitiator ist der Nationalanarchist Peter Töpfer, zugleich geistiger Kopf des „Antideutschen Kollegs“. In dem von Töpfer als Verantwortlichem ausgearbeiteten und mit antisemitischem Vokabular („Welthirt“) geprägten 40-Punkte-Programm des „Antideutschen Kollegs“ heißt es unter Punkt 1: „Das Deutsche Kolleg als geistige Speerspitze des Deutschtums hat Recht.“ Unterzeichner des „Freiheit“-Appells sind bislang unter anderem Bernhard Heldt („Staatsbürgerliche Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“), Günter Kursawe (NPD), Hagen Palleske (Ex-REP) und der griechische Neonazi Stephanos Gekas. Betreiber der Homepage „Antideutsches Kolleg“, die mit dem „Komitee Freiheit für Mahler ...“ identisch ist, ist Mike Mokry. Mokry findet sich im Adressenverzeichnis der verbotenen Nationalistischen Front. Er hat auch im Umfeld der Neonazi-Schrift „Sonnenrad“ gearbeitet.

■ **Dresden** – Der knasterfahrene Dresdner Neonazi Ronny Thomas (28) wurde vom Amtsgericht Dresden wegen Körperverletzung zu einer Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Damit erhöhte sich die ausstehende Strafe des Ex-NPD-Kreisvorsitzenden von Dresden – wegen Widerstandes gegen Polizeibeamte und Körperverletzung – auf 18 Monate. Thomas soll im September 2002 bei einer Abschlusskundgebung der NPD im Bundestagswahlkampf einen antifaschistischen Sozialpädagogen geschlagen haben. Wegen der Beteiligung an einem Überfall auf links orientierte Jugendliche 1998 saß Thomas bereits eine längere Haftstrafe ab. Leserbriefe von ihm veröffentlichte die Neonazi-Knastorganisation HNG.

■ **Dresden** – Am 25. Februar verurteilt, tauchte der ehemalige Dresdner NPD-Chef Ronny Thomas am Tag darauf zur dritten Prozess-Staffel gegen die Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) am Landgericht auf. Im voraussichtlich letzten Prozess gegen die SSS sind in Dresden sechs Personen angeklagt. Unter ihnen André F., dessen Verfahren im zweiten SSS-Prozess abgetrennt wurde, da gegen ihn und drei weitere Personen wegen eines Brandanschlags gegen ein Camp von Sinti und Roma im Sommer 2003 ermittelt wurde. Es wird am Landgericht nicht mit einer schnellen Urteilsfindung gerechnet, da keiner der Beteiligten geständig ist. Der Beschuldigte Dirk S. lehnte gar eine Einstellung gegen Geldstrafe ab. F. und seine ebenfalls seit August in U-Haft sitzenden Mittäter wurden alle am nächsten Tag in Pirna zu Freiheitsstrafen auf Bewährung sowie Geldstrafen verurteilt. Der Richter erklärte in der Urteilsbegründung, dass, obwohl alle vier bislang unauffällig lebten und aus der Mitte der Gesellschaft kämen, sie zu einer Tat solchen Ausmaßes geschritten seien, würde ihn seine Auffassung über die Verbreitung rassistischer Straftaten im Landkreis Sächsische Schweiz überdenken lassen. Eine Anwältin hatte zuvor eine verwegene Dialektik gepflegt: Dies wäre „keine Tat, die fremdenfeindlich geprägt“ war, „sondern die allgemeine Stimmung in Pirna“ gewesen.

■ **Dresden** – Das am 24. April 2003 gegründete Nationale Bündnis Dresden, dem Mitglieder der NPD, DVU, REP und „freie“ Nationalisten angehören, hat im Februar einen überparteilichen Gesprächsabend durchgeführt. Teilgenommen haben daran neben dem früheren REP-Bundesvize Frank Rohleder unter anderem Udo Voigt (NPD-Chef), Heiner Kappel (Vorsitzender der Deutschen Partei; DP), Konrad Voigt (Berliner Ex-REP-Vorsitzender), Jutta Reetz (baden-württembergische DP-Vorsitzende), Ulrich Pätzold (bayrischer DP-Vorsitzender), Stefan Köster (NPD-Chef Mecklenburg-Vorpommern), Frank Schwerdt (NPD-Vorsitzender Thüringen),

Kerstin Lorenz (REP-Vorsitzende Sachsen), Karl-Ingo Welke (Ex-REP-Vorsitzender Niedersachsen), Ralf Ollert (NPD-Vorsitzender Bayern), Wolfgang Bukow (DP), Gottfried Burischek (DP), Thorsten Crämer (NPD) und Mirko Schmidt (NPD).

■ **Gladenbach** – Rund 120 Neonazis, die am 21. Februar im mittelhessischen Städtchen Gladenbach demonstrieren wollten, mussten wieder abziehen, ohne durch den Ort marschiert zu sein. Die Demonstration wurde untersagt, da die Polizei Zusammenstöße mit Gegendemonstrationen befürchtete. Lediglich eine Kundgebung am Treffpunkt der Rechtsextremen konnte stattfinden. Im 15 Kilometer entfernten Marburg zogen anschließend rund 40 Neonazis durch einige Straßen im Süden der Stadt. Festgenommen wurde dabei Gerd Ittner, der neben Christian Worch und Axel Reitz zu den Rednern gehörte. Gegen Ittner lag ein Haftbefehl des Amtsgerichts Gotha vor. Inzwischen verbreiten hessische Neonazis ein Fahndungsplakat mit 15 Fotos von Gegendemonstranten. Hinweise erbitten sie an die „Anti-Antifa Hessen oder an jeden anderen Polizeiposten in Hessen“.

■ **Königstein/Dresden** – Gegen den NPD-Funktionär Uwe Leichenring (36) hat die Staatsanwaltschaft Dresden Anklage erhoben. Dem Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz wird die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Anlass des Verfahrens ist die enge Verflechtung von NPD und der 2001 verbotenen neonazistischen Organisation Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Inhaber von Fahrschulen in Pirna, Bad Schandau und Königstein mehrere Jahre ermittelt. Leichenring ist NPD-Stadtrat in Königstein und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Außerdem kandidiert er zur Europawahl im Juni auf Platz 4 der NPD-Liste.

■ **München** – Der bayrische Landesverband der Republikaner hat den Münchner REP-Stadtrat Johann Weinfurtner (64) aus der Partei ausgeschlossen. Weinfurtner war in der Neonazi-Organisation „Demokratie Direkt“ (Kopf: Roland Wuttke, Ex-Mitstreiter der Deutschland-Bewegung) aktiv, die Kontakte zu dem mutmaßlichen Rechtsterroristen Martin Wiese pflegte. Bereits im Juli 2003 erklärte der bayerische Innenstaatssekretär Hermann Regensburger (CSU), dass Weinfurtner nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes „gemeinsame Sache mit NPD, Neonazis und Skinheads“ mache.

■ **Oberboihingen** – Die Gesellschaft für Freie Publizistik (Oberboihingen) mobilisiert zum 45. Jahreskongress nach Thüringen. Dort soll an einem noch bekannt gegebenen Ort vom 23. bis zum 25. April das alljährliche Treffen der 1960 gegründeten rechtsextremen Kulturorganisation durchgeführt werden. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem Motto „Die neue Achse – Europas Chance gegen Amerika“. Als Redner wurden Walter Post, Karl Richter, Harald Neubauer, Rolf Kosiek und Felix Buck angekündigt. Der letztjährige Kongress der rund 500 Personen starken Organisation fand Anfang April „in der kulturträchtigen Musenstadt Bayreuth im vorfrühlingshaft aufblühenden Frankenland statt“ (vgl. BnR 11/03).

■ **Saalfeld** – Am 11. Februar tagte im thüringischen Saalfeld die „Kommissarische Regierung des Deutschen Reiches“ unter Vorsitz des „Reichspräsidenten“ Wolfgang Ebel (Berlin). Vor Ort waren etwa 30 „Reichsbürger“. Die selbst ernannte „Reichsregierung“ geht davon aus, dass das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 existent sei. Der rechtsextreme Ebel-Verein steht in Konkurrenz zu weiteren „Reichsregierungen“ wie den „Vereinigten Ländern des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“ (Augsburg), dem „Freistaat Preußen“ (Verden), der „Staatsbürgerlichen Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“ (Berlin) oder der Reichsbürgerbewegung des „Deutschen Kollegs“ (Würzburg).

■ **Vetschau** – Am 1. Februar hat sich im brandenburgischen Vetschau in Anwesenheit von 100 Beteiligten die NPD-Abspaltung „Bewegung neue Ordnung“ (BNO) konstituiert. Gründungsinitiatoren der BNO sind die Ex-NPD/JN-Kader Mario Schulz und Jens Pakleppa. Das Programm der BNO erinnert stark an das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Im Zentrum steht das deutsche Volk: „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist.“ Der brandenburgische Verfassungsschutz merkt anlässlich der BNO-Gründung an: „Eines scheint gewiss: die Gründung der BNO hat das rechtsextremistische Spektrum von seinem Traum, der Einheit, noch ein Stück weiter entfernt.“

■ **Zirndorf** – Der militante Neonazi Gerd Ittner (Zirndorf) hat unter seinen Anhängern ein Interview verbreitet, das der Kameradschaftsaktivist Peer Wustmann (Pirna) mit dem inhaftierten Manfred Roeder geführt hat. Attackiert wird von Roeder die angeblich in der Bundesrepublik herrschende „Parteiendiktatur“. Roeder: „Ich will, dass die letzten Reste vom Besatzungsrecht beendet werden (...) Die

Parteien machen unserem Volk sein Lebensrecht streitig..." Roeder schließt mit den Worten: „Nur wer mit diesem System endgültig gebrochen hat, kann etwas für Deutschlands Rettung tun.“

Ausland

■ **Italien (Rom)** – Am 6. März findet in Rom eine Demonstration unter dem Motto „Nationale Sozialisten voran! Freiheit für Erich Priebke!“ statt. Veranstalter ist die italienische Vereinigung Associazione Uomo e Liberta, die von dem römischen Unternehmer Paolo Giachini geführt wird. Redner soll unter anderem der ranghohe Ex-Militär Franz Uhle-Wettler, ehemals Leiter der NATO-Akademie, sein. Der unter Hausarrest stehende Priebke, Ex-SS-Hauptsturmführer, mitverantwortlich am Massaker an 335 italienischen Zivilisten von 1944, wurde 1998 in Italien zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Priebke pflegt engste Kontakte zu rechts-extremen Kreisen in der Bundesrepublik.

■ **Liechtenstein/Schweiz** – Bei Schlägereien mit rechtsextremen Skinheads zu Fasnacht im liechtensteinischen Schaan und in Alpnach im Kanton Obwalden sind mindestens drei Personen verletzt worden. Unter den mehreren tausend Fasnächtlern haben am Abend des 21. Februar rund 20 gewaltbereite Skinheads aus der Schweiz, Deutschland und Liechtenstein sowie 30 Mitglieder der rechten Liechtensteiner Skinheadszene ein fasnächtliches Konzert für gewalttätige Auseinandersetzungen genutzt. In Alpnach waren rechtsextreme Skinheads an einer Massenschlägerei an der Dorffasnacht in der Nacht auf den 22. Februar beteiligt. Dabei erlitt ein Mann eine Schussverletzung am Fuß und ein weiterer eine Schlagverletzung am Kopf, wie die Kantonspolizei mitteilte.

■ **USA (Hillsboro)** – Zwei Jahren nach dem Erstling „Ethnic Cleansing“ hat das rechtsextreme Multimedia-Unternehmen „Resistance Records“ ein weiteres Computerspiel auf den amerikanischen Markt geworfen. „White Law“ steht seinem Vorgänger in Bezug auf rassistische und antisemitische Botschaften kaum nach. Schauplatz der Handlung ist „Capitol City“, neue Hauptstadt der USA im Jahr 2021. Der Spieler nimmt die Rolle des ehemaligen Spezialagenten Michael Riley ein, dessen Aufgabe es ist, die Stadt von Schwarzen, Hispanics und Juden zu befreien und wieder für das „weiße Amerika“ in Besitz zu nehmen. Zielgruppe sollen laut David Springle, Sprecher der Neonazi-Organisation National Alliance, zu deren Netz-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 05/2004 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

werk auch „Resistance Records“ gehört, vor allem Jugendliche sein.

■ **USA (Raleigh)** – Der Versuch ortsansässiger „White Power“-Gruppierungen, darunter die amerikanische Nazi Partei und Mitglieder des Ku Klux Klan, eine „Vereinigte Front Weißer Rassisten“ ins Leben zu rufen, endete im US-Bundesstaat North Carolina in einer ungleichen Auseinandersetzung. Die Kundgebung der etwa 30 mit Hakenkreuzen, Südstaaten-Flaggen oder weißen Klan-Roben ausgestatteten Neonazis traf auf den Widerstand von rund 500 Gegendemonstranten, die die „Sieg Heil“-Rufe der Rechtsextremisten mit lauten Slogans wie „Go to hell“ beantworteten.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.